

Anrede...

Das Haushaltsjahr 2018 hat uns einen Überschuss von rund 4 Mio€ beschert. Wie der Kämmerer in der letzten Hauptausschusssitzung ausgeführt hat, sind im Wesentlichen die Steuereinnahmen deutlich besser ausgefallen, als Anfang 2018 angenommen.

Auch der Bundesfinanzminister konnte sich in den letzten Jahren über sprudelnde Steuereinnahmen freuen. Andererseits warnt er aber davor, dass die Konjunktur nicht auf diesem hohen Niveau bleiben wird und erwartet dementsprechend sinkende Einnahmen in den kommenden Jahren.

Der Koalitionsvertrag sieht vor, den Solidaritätszuschlag zu senken, Zitat: „in einem ersten deutlichen Schritt für rund 90% der Soli-Zahler durch Freigrenzen“.

Vor dem Hintergrund der künftig sinkenden Steuereinnahmen und der teilweise sehr maroden Infrastruktur in vielen Bereichen unseres Landes sollte man nach meiner Ansicht dabei nicht zu weit gehen.

Eine Steuersenkung bei kleineren Einkommen kommt dem Konsum zugute. Bei den höheren Einkommen führt er lediglich dazu, dass die Geldvermögen der „Besserverdienenden“ immer weiter wachsen. Deshalb sollte die Soli-Senkung auf kleinere und mittlere Einkommen begrenzt werden. Auch in unserer Gemeinde sieht man, dass manche Straßen und Wege in einem erbärmlichen Zustand sind. Die 250 T€ die wir jährlich in die Erneuerung investieren sind dringend nötig, werden auf aber Dauer nicht ausreichen um die Situation zu verbessern. Hier müssen wir Finanzierungsmöglichkeiten finden, um Straßen und Wege auf einem befriedigenden oder wenigstens ausreichenden Stand zu halten.

Dies bringt mich zu dem Thema Straßenausbaubeiträge im Innenbereich.

Die Verwaltung hat auf unsere Anfrage hin aufgezeigt, dass es bisher keine extremen Belastungen gegeben hat, die für die Anlieger nicht bezahlbar gewesen wären. Wie man aber aus anderen Kommunen weiß, kann das durchaus anders sein und Anlieger deutlich überfordern. Vor diesem Hintergrund gibt es in NRW eine Initiative des Bundes der Steuerzahler, die Straßenausbaubeiträge abzuschaffen. In Baden-Württemberg und Berlin werden keine Straßenausbaubeiträge mehr erhoben, in Bayern wurden sie im Juni 2018 gänzlich abgeschafft. Hamburg hat die Beiträge bereits 2016 abgeschafft. Die Landesregierung in Niedersachsen diskutiert derzeit über eine Senkung oder Abschaffung des Beitrags.

Die schwarzgelbe Landesregierung in NRW plant, die Kommunen entscheiden zu lassen, ob Beiträge erhoben werden oder nicht und will somit den schwarzen Peter weiter schieben. Das kann nicht richtig sein. Welche Kommunalpolitiker werden sich denn im Angesicht kommender Kommunalwahlen für Beiträge der Anlieger aussprechen? Wahrscheinlich nur die, die aufgrund der finanziellen Schieflage ihrer Kommune nicht mehr selbst über die Einnahmen und Ausgaben entscheiden dürfen. Das schüfe neue Ungerechtigkeiten zwischen reichen und armen Kommunen. Richtig wäre es, wenn das Land eine einheitliche Regelung (also die Abschaffung) vorgibt und sich an den Kosten beteiligt.

Zurück zu unserem Haushalt:

Investitionen in unser Anlagevermögen in Höhe von über 13 Mio€, die wir in diesem Jahr planen, werden zu einem Gesamtbestand von rund 26 Mio€ an Investitionsdarlehen führen. Bürgermeister und Kämmerer haben bei der Haushaltseinbringung darauf hingewiesen, dass diese Kredite natürlich in den nächsten Jahren bedient werden müssen. Aufgrund der nach wie vor günstigen Zinssituation können sie schneller getilgt werden, als in einer Hochzinsphase. Trotzdem müssen wir das Geld in den nächsten Jahren erwirtschaften.

Bei einem Teil der der Investitionen wird der Rückfluss schneller erfolgen, nämlich da, wo wir in Flächen investiert haben, die der Bebauung zugeführt werden können. Bei dieser Gelegenheit möchte ich noch einmal darauf hinweisen, dass es unser Ziel sein muss, bei dem Weiterverkauf von Grundstücken dafür zu sorgen, dass es auch zu einer Entlastung des Wohnungsmarktes kommt.

Die SPD-Fraktion hat dazu beantragt, bei der Aufstellung von neuen Bebauungsplänen für Wohnbebauung Flächen für sozialen Wohnungsbau und für mehrgeschossige Bauweise auszuweisen. Potentielle Bauträger für sozialen Wohnungsbau sollen ihre Expertise frühzeitig in die Planung

einbringen können. Vom Grundsatz her wurde dem von den Ausschüssen zugestimmt. Es kommt dann im konkreten Einzelfall darauf an, dass wir dies auch so umsetzen.

Im Schul- und Sportausschuss wurden die Anträge beraten, die von Sportvereinen für das Haushaltsjahr 2019 gestellt worden sind. Die Übernahme einer Bürgschaft für den Affentenniscup wird von uns ebenso unterstützt wie der Förderantrag der Schützengilde zur Umrüstung des Schießstandes. Die Höhe des Zuschusses für die Schützengilde entspricht unseren Richtlinien für die Förderung von Sportvereinen.

Die Anträge von Viktoria Clarholz zur Anschaffung einer Beregnungsanlage und eines Mähroboters lehnen wir derzeit ebenso ab wie den Antrag des HSV zur Erstellung einer weiteren Kunstrasenfläche im Waldstadion. Der Bürgermeister hat angeregt, Standards für unsere Sportstätten zu definieren, an denen wir uns bei zukünftigen Investitionen orientieren können. Dem stimmen wir zu und erwarten eine entsprechende Initiative im Schul- und Sportausschuss.

Die Ausgaben für Schulsozialarbeit auch an den Grundschulen werden nicht verändert. Hier tut die Gemeinde mehr, als gesetzlich erforderlich wäre. Wir begrüßen das ausdrücklich.

Noch ein Punkt: Unser Rathaus ist in die Jahre gekommen. Bürgermeister und Kämmerer haben mehrfach darauf hingewiesen, dass es deutliche Mängel bei der Infrastruktur des Gebäudes gibt. Auch die Abläufe sind nicht optimal. Derzeit prüfen Gutachter ob unser Rathaus, saniert werden kann, oder ob ein Neubau erforderlich wird. Wir sind auf das Ergebnis sehr gespannt. Wichtig ist, dass die Arbeitsplätze und die Abläufe innerhalb des Gebäudes dem heutigen Stand der Technik entsprechen müssen. Das wird Geld kosten. Es bringt aber nichts, dies Thema immer weiter vor sich her zu schieben.

Insgesamt befindet sich unsere Gemeinde derzeit in einer guten finanziellen Situation. Das ist auch darauf zurückzuführen, dass wir im vorletzten Jahr die Hebesätze für die kommunalen Steuern moderat erhöht haben aber natürlich auch auf die gute wirtschaftliche Situation der Gewerbebetriebe in unserem Ort.

Hoffen wir, dass das bleibt und uns nicht Sondereffekte z.B. bei der Gewerbesteuer in finanzielle Schieflage bringen.

Lassen Sie mich abschließend der Verwaltung für die gute Vorarbeit, den Ausschüssen für die offenen und konstruktiven Diskussionen, und natürlich Ihnen, für Ihre Aufmerksamkeit heute Abend, herzlich danken.

Heinz Willikonsky, Februar 2019